

## **Stellungnahme der Freien Wähler zum Entwurf des Haushaltsplans 2011 und zum Entwurf des Wirtschaftsplans 2011 des Eigenbetriebes „Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt“**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung,

vor knapp einem Jahr haben wir an dieser Stelle den Etatentwurf für das Haushaltsjahr 2010 beraten und beschlossen. Wir waren uns nahezu alle einig, dass wir bereits im Jahr 2010 Vorsorge für das Haushaltsjahr 2011 treffen müssen. Die Landkreiskommunen, und das möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, haben sozusagen dem Landkreis ein zinsloses Darlehen von knapp über 5 Mio. € im Jahr 2010 gewährt.

Es war uns bereits vor einem Jahr bewusst, dass wir aufgrund der Haushaltssystematik mit geringeren Schlüsselzuweisungen und einer geringeren Kreisumlage in die Haushaltsberatungen 2011 gehen werden.

Die Freien Wähler sind froh, dass die Landkreisverwaltung und eine deutliche Mehrheit des Kreistags auch bei den Beratungen des Haushalts 2011 dem Ziel gefolgt sind, zunächst den Haushalt auf Einsparpotentiale zu prüfen und dann erst über eine Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises nachzudenken. Dieser Weg ist sicherlich ein steiniger und anspruchsvoller Weg.

Es muss aber doch jedem, der eine Erhöhung der Kreisumlage fordert, klar sein, dass eine Erhöhung der Kreisumlage letztlich nicht die Bürgermeister der Kommunen, sondern die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises zu bezahlen haben.

Aber vor allem auch um diese ausufernde Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu begrenzen und um eine faire Balance der Lastenverteilung zu finden, sind wir in dieses Gremium, den Kreistag, gewählt worden. Und diese verantwortungsvolle Aufgabe werden wir auch wahrnehmen.

Heute haben wir die letzte Stufe der Haushaltsberatungen erreicht und wir können feststellen, dass sich die sehr intensive Vorarbeit der Landkreisverwaltung aber auch der Fraktionen und der Ausschüsse ausgezahlt hat. Nahezu alle hier im Gremium haben erkannt, wie wichtig diese Vorarbeiten waren, damit wir heute einen ausgewogenen Haushalt verabschieden können.

An etlichen Stellen und in nahezu allen Bereichen musste gekürzt, gestrichen und gespart werden. Aber wir haben es letztlich geschafft, dass die außerordentlich guten

Strukturen im Landkreis, sei es im Bildungs- oder auch im sozialen Bereich, nicht einfach zerschlagen werden, sondern auf hohem Niveau erhalten bleiben können.

**Gleichzeitig möchten wir aber eindringlich davor warnen**, die nun wohl besser werdende wirtschaftliche Situation dazu zu nutzen, in alte Strickmuster zurückzufallen und die Freiwilligkeitsleistungen auszuweiten.

Deshalb ein außerordentlicher Dank an alle, die auf diesem steinigen Weg konstruktiv mitgearbeitet haben.

Die Kreisumlage in Höhe von 67,7 Mio. € ist trotz unverändertem Hebesatz von 31 % immer noch die vierthöchste in der Geschichte unseres Landkreises. In den vergangenen 10 Jahren hat sie sich um fast 50% nach oben bewegt.

Trotz der beiden Einmaleffekte - das positive Rechnungsergebnis von über 5 Mio. € aus 2010 und die Auflösung der allgemeinen Rücklage in Höhe von 3,6 Mio. € - kann der Haushalt 2011 nach heutigem Stand nicht ausgeglichen werden. Gelingt im Ergebnishaushalt noch eine „rote Null“, sind wir gezwungen, im Finanzhaushalt zur Finanzierung der Investitionen uns netto mit rd. 700.000 € neu zu verschulden.

Bedenklich stimmt hier die Tatsache, dass es uns auf Grundlage der momentanen Daten in den nächsten 5 Jahren nicht gelingen wird, die Verschuldung von über 70 Mio. € signifikant zurück zu fahren. Daran müssen und werden wir arbeiten. Dieses Jahr sind rd. 3 Mio. € Zinsen aufzubringen. Und wir alle wissen, dass wir ein Zinsänderungsrisiko mittragen, wenn die Darlehen auslaufen.

Nach wie vor trägt unser Landkreishaushalt schwer daran, dass immer wieder stille Lasten von Land und Bund nach unten durchgereicht werden. Rechnet man allein schon die fehlenden Mittel zur Finanzierung der Schülerverkehre, den Ausstieg aus der Schulsozialarbeit, die unzureichende Anrechnung der Vermessungsgebühren oder die Ersatzbeschaffungen für den vom Land übertragenen veralteten Fuhrpark der Straßenmeistereien zusammen, wird der Kreishaushalt und damit die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises um mehrere Millionen € Jahr für Jahr still mehrbelastet.

Eine gute Nachricht hat uns vor wenigen Tagen erreicht. Durch den **Hartz IV Kompromiss** soll der Landkreis in den nächsten drei Jahren um rd. 16 Mio. € entlastet werden. Es wird sich daher hoffentlich und spätestens zum Halbjahresbericht 2011 bemerkbar machen, in welchem Umfang der Haushalt des Landkreises tatsächlich entlastet wird. **Die Freien Wähler bitten daher die Kreisverwaltung** spätestens zur Jahresmitte zu prüfen, ob nicht ein Teil dieser Entlastung über eine Senkung der Kreisumlage an die Städte und Gemeinden zurückgegeben werden kann.

Die Kosten der Schülerbeförderung für die neu eingerichteten Werkrealschulen in Höhe von 480.000 € müssen in voller Höhe nach wie vor vom Landkreis getragen werden. Damit wird das Konnexitätsprinzip der Landesverfassung eindeutig verletzt. **Die Freien Wähler beantragen daher**, den Landkreistag Baden-Württemberg aufzufordern, eine juristische Prüfung bzgl. der Finanzierung des Schülerverkehrs der Werkrealschulen vorzunehmen.

Mit knapp über 40 Mio. € stellen die Personalausgaben einen wesentlichen Teil des Haushalts dar. Auch hier machen sich die Anstrengungen der vergangenen Jahre deutlich bemerkbar. Unter Berücksichtigung der Eingliederung des Jugendamts der Stadt Rastatt bewegt sich die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um bescheidene 1%.

Auch hier ein Dank an alle Arbeitsgruppen, die sich dafür eingebracht haben, die Prozesse in der Verwaltung zu optimieren und Verbesserungspotenziale zu erschließen. Wir wissen aber, dass die wesentlichen Einsparpotenziale im Personalbereich zwischenzeitlich ausgeschöpft sind.

Vorausschauend wurde in den vergangenen Jahren in unsere Schulen investiert. Über 20 Mio. € sind in Bau und Unterhalt geflossen. Damit sind nahezu alle Schulen in einen baulich guten Zustand versetzt worden. Wir sind uns jedoch alle einig, dass es hier noch erheblichen Handlungsbedarf in der Josef-Durler Schule gibt. Für die weitere Planung ist folgerichtig ein Betrag von 250.000 € in den Haushaltsplan eingestellt.

Die Schulleiter haben eine Verantwortung für Ihre Schulbudgets und wir gehen davon aus, dass sie an vorderster Stelle genau wissen, wofür diese Budgets sinnvoll eingesetzt werden. Die Meldungen der vergangenen Wochen über sicherheitstechnische Bedenken in unseren Schulen haben uns irritiert. **Wir tragen daher ausdrücklich die Vorgehensweise des Landrats mit**, alle Schulen auf sicherheitstechnische Defizite unabhängig untersuchen zu lassen. Sollten tatsächlich Defizite auftreten, müssen wir uns nicht nur über Ersatzbeschaffungen sondern vor allem auch darüber unterhalten, wie zukünftig organisatorisch gewährleistet wird, dass solche Irritationen nicht mehr auftreten. Hier noch ein Hinweis an die SPD-Fraktion: Die Freien Wähler möchten auf einer soliden und verlässlichen Datenbasis diskutieren, und nicht auf der Grundlage irgendwelcher in den Raum geworfener Zahlen.

Den von uns im vergangenen Jahr geforderten Schulentwicklungsplan und den Vergleich der Schulbudgets hat die Verwaltung vorbildlich abgearbeitet. Hierfür herzlichen Dank. Die Notwendigkeit dieser beiden Instrumentarien hat sich sehr schnell offenbart.

Es zeigen sich auch bei uns in den Landkreisschulen sehr deutlich die Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Wir wünschen uns für unsere Landkreisschulen

auf Grundlage des Schulentwicklungsplans konstruktive Überlegungen, wo und wie berufliche und schulische Bildungsfelder bei uns sinnvoll ergänzt werden können. Was wir nicht mittragen, ist politischer Aktionismus.

Im vergangenen Jahr haben wir uns einen Überblick über den Zustand der Kreisstraßen verschafft. Dank der guten Vorarbeit durch das Straßenbauamt wurden die Kreisräte umfassend informiert. Dabei konnten wir feststellen, dass unsere Kreisstraßen in den vergangenen Jahren nicht vernachlässigt wurden und der Zustand überwiegend zufriedenstellend ist. Dass es hier noch Sanierungsbedarf an einigen Stellen im Landkreis gibt, ist uns selbstverständlich bekannt. Auch hier sind wir objektiv an die Aufgabe herangegangen und haben unter Berücksichtigung des Zustands und der Frequentierung der Kreisstraßen die Sanierungsmaßnahmen gemeinsam diskutiert und entschieden.

Aber, die Bürgerinnen und Bürger unterscheiden die Straßen nicht nach ihrer Klassifizierung. So sind die zahlreichen Klagen über den Zustand der Straßen im Landkreis bei Betrachtung der Landesstraßen nicht verwunderlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Zustand unserer Landesstraßen im Landkreis ist so nicht mehr länger hinnehmbar. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist und bleibt das Rückgrat einer modernen Volkswirtschaft. Wenn wir nicht auf einem Abstiegsplatz landen wollen, müssen die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel zur Unterhaltung und Sanierung der Landesstraßen deutlich erhöht werden. Und dies, liebe CDU-Fraktion, ist kein Wunschkonzert, sondern eine Pflichtaufgabe des Landes Baden-Württemberg. Nach Auskunft der Landkreisverwaltung werden vom Land rein für den baulichen Unterhalt für die gesamten 198 km Landesstraßen lediglich ca. 150.000 € zur Verfügung gestellt. Dies sind sage und schreibe bescheidene 760 € pro km Landesstraße.

Seit Jahren sind die Rüttelpisten, z. B. die L85, die L83 oder auch die L67, sträflich vernachlässigt worden und bei der Nutzung müssten eigentlich Schilder „Vorsicht Lebensgefahr“ aufgestellt werden. Leider besteht offensichtlich im Land auch eine Ungleichverteilung, wie viele Mittel in welchem Landkreis eingesetzt werden. Die Freien Wähler erinnern an die vom Land im gerade erst verabschiedeten Generalverkehrsplan für Baden-Württemberg genannten wesentlichen Ziele der Substanzerhaltung bei den Landesstraßen und der Entlastung der Anwohner an hochbelasteten Ortsdurchfahrten.

**Die Freien Wähler beantragen daher**, dass die Landkreisverwaltung im Auftrag des Kreistags das Umwelt- und Verkehrsministerium in einem offenen Brief auf den desolaten Zustand mehrerer Landesstraßen aufmerksam macht und das Ministerium auffordert, ausreichend finanzielle Mittel zur Sanierung und zum Unterhalt der Landesstraßen bereitzustellen.

Auf Antrag der Freien Wähler hat im vergangenen Jahr eine Bereisung zum **Thema Hochwasserschutz** stattgefunden. Von Seiten des Regierungspräsidiums wurde uns dort zugesagt, das Planfeststellungsverfahren bis Ende 2010 vorzulegen. Leider haben wir bis dato keine Informationen, ob das Verfahren zwischenzeitlich eingeleitet wurde, oder ob es etwa zu Verzögerungen kommt. **Wir bitten daher, den Kreistag in einer der nächsten Sitzungen über den Verfahrensstand zu informieren.**

**Das Jahr 2011 wird sicherlich das Jahr des ÖPNV.** Nicht nur der Streit um die Finanzierung des Schülerverkehrs der Werkrealschulen, sondern vor allem die Reduzierung der Betriebskosten des ÖPNV wird uns noch mehr als einmal beschäftigen. Die KVV Fahrgasterhebung hat uns Mehrkosten von knapp 1,3 Mio. € beschert. Hier hat die Verwaltung frühzeitig Konzepte erarbeitet, um dieser Kostenentwicklung gegenzusteuern.

**Was bedeutet dies im Klartext?** Betriebskosten sind nur zu reduzieren, wenn die Auslastung der vorhandenen Linien sorgfältig geprüft wird und der Kreistag auch bereit ist, die Ausdünnung der Linien mitzutragen. Hier wird es sicherlich Härtefälle und Grenzfragen geben. Man kann aber nicht gleichzeitig die Senkung der Betriebskosten einfordern und im gleichen Atemzug auf die Beibehaltung der bisherigen Standards in allen Bereichen pochen. Hier ist die Solidarität aller Landkreiskommunen gefragt, um das im Haushalt eingeplante Einsparziel von rd. 200.000 € in diesem und weiteren 900.000 € im Jahr 2012 zu erreichen.

Spannend wird auch die Frage nach der Zukunft der Murgtalbahn sein. Hier müssen frühzeitig die Weichen für einen Anschlussvertrag zum Betrieb der Murgtalbahn gestellt werden, damit die Murgtalgemeinden nicht Gefahr laufen, von der Stadtbahn abgehängt zu werden.

**Im Bereich des Abfallwirtschaftsbetriebs werden in 2011 ebenfalls größere Änderungen von Statten gehen.** Ich bin mir aber sicher, dass es das Team um Herrn Geschäftsführer Kohler schaffen wird, die Stadt Rastatt und die Gemeinden Ötigheim und Steinmauern erfolgreich in den Abfallwirtschaftsbetrieb zu integrieren. Nachdem die Ausschreibungen für das Altpapier und die Verwertung der Bioabfälle erfolgreich waren, freut es uns, dass die Abfallentsorgungsgebühren für 2011 unverändert stabil gehalten werden können.

**Zusammenfassend darf festgehalten werden, dass wir heute einem ausgewogenen Haushaltsplan 2011 ruhigen Gewissens zustimmen können. Sollte der wirtschaftliche Aufschwung nachhaltig sein, hat der Haushalt sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite noch Potential. Dies lässt uns sehr zuversichtlich auf das Jahr 2011 blicken.**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktion der Freien Wähler dankt dem gesamten Mitarbeiterteam der Landkreisverwaltung für die ausgesprochen gute Vorbereitung des Haushaltsplans 2011.

In den Dank einschließen möchten wir selbstverständlich auch Herrn Jung mit seinem Team vom Klinikum Mittelbaden und Herrn Kohler mit den Mitarbeitern/innen des Abfallwirtschaftsbetriebs.

**Die Fraktion der Freien Wähler stimmt der Festsetzung der Kreisumlage auf 31 vom Hundert sowie der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan, sowie dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft zu.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.